Unsichtbare SolidaritÃ¤t: Was Kindergarten-Eltern Ã¼ber die Finanzierung ihrer Kita (nicht) wissen

Description

Philipp Kemper

Demokratische Wohlfahrtsstaaten bauen darauf auf, dass sich ihre BÃ¼rger:innen als Teil einer Solidargemeinschaft verstehen, in der Personen und Gruppen unterstÃ¼tzt werden, wenn sie diese benÃ¶tigen. Eltern von Kindergarten-Kindern gehÃ¶ren sogar zwei solcher Solidargemeinschaften an: Zum einen wird der GroÃ?teil der Kosten ihres Kita-Platzes durch die Allgemeinheit der Steuerzahler:innen finanziert, und zum anderen sind die BeitrÃ¤ge nach den Einkommen der Eltern gestaffelt. Unsere Befragung Duisburger Kita-Eltern zeigt: Diese SolidaritÃ¤t ist vielen Eltern gar nicht bewusst.

Zwei Solidargemeinschaften

Die Gemeinschaft der Steuerzahler:innen, also Land und Stadt, trÃ¤gt den grÃ¶Ã?ten Teil der Kosten â?? finanziert auch von Menschen, die selbst kein Kind in dieser, einer anderen Kita oder Ã¼berhaupt haben. Die zweite Solidargemeinschaft bilden die Kita-Eltern selbst: Ihre BeitrÃ¤ge richten sich in Duisburg wie auch in vielen anderen Kommunen nach dem Einkommen. Wer mehr verdient, zahlt mehr; Familien mit niedrigem Einkommen zahlen wenig oder nichts, obwohl ihr Platz genauso viel kostet.

Wie viel wissen Eltern Ã¼ber diese Umverteilung, und wie bewerten sie ihren eigenen Beitrag? Um diese Fragen zu beantworten, haben wir im Rahmen des Projektes POLITSOLID (unter Leitung von Achim Goerres und mit freundlicher UnterstÃ¼tzung der Stadt Duisburg) 13.161 Kita-Familien in Duisburg zu einer Online-Befragung eingeladen (je ein Elternteil pro Familie). 2.298 Eltern haben den Fragebogen zwischen dem 20. MÃ¤rz und dem 15. April 2026 ausgefÃ¼llt; 1.926 von ihnen stimmten der VerknÃ¼pfung mit Beitragsdaten des Jugendamts zu.

Solidargemeinschaft 1: Von der Allgemeinheit zu den Eltern

FÃ¼r ein Kind ab drei Jahren in Ganztagsbetreuung erhielt eine Kita im Kitajahr 2025/26 entsprechend dem Kinderbildungsgesetz in Nordrhein-Westfalen eine Kindpauschale von rund 1.000 Euro im Monat. Diese Kindpauschale wird primÃ¤r von der jeweiligen Kommune und dem Land NRW finanziert. Die ElternbeitrÃ¤ge decken nur einen sehr kleinen Teil der Kosten der Kita-PlÃ¤tze, etwa 7 Prozent.

Die befragten Eltern selbst nehmen diese Lastenverteilung ganz anders wahr. Wir haben alle Befragten gebeten, zu schÃ¤tzen, welchen Anteil der Gesamtkosten die Eltern durch ihre Kita-BeitrÃ¤ge finanzieren. Elf Prozent von ihnen trauten sich keine SchÃ¤tzung zu. Die Ã¼brigen 2.004 schÃ¤tzten im Median 40 Prozent â?? fast sechsmal so viel wie tatsÃ¤chlich. Nur jede achte SchÃ¤tzung liegt bei 10 Prozent oder darunter. Vier von zehn SchÃ¤tzungen liegen bei 50 Prozent oder mehr Finanzierung durch den Elternbeitrag. Die folgende Grafik zeigt, wie die Eltern ihren Anteil an den Kita-Kosten einschÃ¤tzen:

Diese erste groÃ?e Solidargemeinschaft, in der die Eltern von einer Finanzierung durch die Allgemeinheit profitieren, ist fÃ¼r sie also kaum sichtbar. Sie unterschÃ¤tzen deutlich, wie viel die Gemeinschaft zu ihrem Kita-Platz beitrÃ¤gt.

Solidargemeinschaft 2: Eltern untereinander

Den Kita-Beitrag fÃ¼r ein Kind verteilt die Stadt per Satzung nach dem Einkommen der Eltern oder anderweitig erziehungsberechtigter Personen (z.B. Pflegeeltern). Wer BÃ¼rgergeld, Wohngeld, Kinderzuschlag oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezieht, zahlt nichts. UnabhÃ¤ngig vom Einkommen sind zudem die letzten beiden Kita-Jahre vor der Einschulung beitragsfrei. Ein Beitrag von 0 Euro deutet also nicht unbedingt auf ein niedriges Einkommen hin.

Mit der Erlaubnis der befragten Eltern konnten wir mithilfe von Daten des Duisburger Jugendamtes analysieren, wie ungleich die Kita-BeitrÃ¤ge verteilt sind. Wir betrachten Familien mit genau einem Kita-Kind, weil bei mehreren Kindern einer Familie nur die Beitrags-Summe fÃ¼r den Haushalt ausgewiesen wird und die Werte zwischen Familien mit unterschiedlich vielen Kindern damit nicht vergleichbar sind. Im August 2026 zahlen 77 Prozent dieser Kita-Eltern keinen Beitrag. Der Elternbeitrag der Ã¼brigen Familien ist nach ihrem Einkommen gestaffelt: Der mittlere Beitrag der Zahlenden (Median) liegt bei 192 Euro im Monat, 80 Prozent der Zahlenden zahlen zwischen 126 und 232 Euro.

Die hÃ¶heren BeitrÃ¤ge von besserverdienenden Familien kÃ¶nnen von der Kommune genutzt werden, um den Druck auf die kommunale Haushaltsplanung zu verringern. Der dadurch entstehende Spielraum kann genutzt werden, um die BeitrÃ¤ge fÃ¼r Familien mit geringerem Einkommen gering zu halten.

Wie gerecht finden Eltern ihren Beitrag?

In unserer Befragung baten wir die Eltern anzugeben, ob sie selbst einen Kita-Beitrag fÃ¼r ihr Kind zahlen und wie gerecht sie ihre jeweilige BeitragshÃ¶he finden. Drei von vier Befragten lasen vor der Gerechtigkeitsfrage einen kurzen Informationstext. Weil dieser das die EinschÃ¤tzung der Eltern beeinflussen kann, zeigen wir hier nur die 527 Eltern ohne einen solchen Text.

Gut die HÃ¤lfte der befragten Eltern (54 Prozent) hÃ¤lt den eigenen Beitrag fÃ¼r gerecht, gut ein Drittel (35 Prozent) fÃ¼r ungerechterweise zu hoch, 11 Prozent fÃ¼r zu niedrig. Diese Bewertung unterscheidet sich deutlich zwischen denen, die angaben, einen Beitrag zu zahlen, und denen, die nichts zahlen. Von den Eltern, die nach eigener Angabe einen Beitrag zahlen, findet fast die HÃ¤lfte (49 Prozent) ihn zu hoch. Wer nach eigener Angabe nichts zahlt, findet das meist gerecht (74 Prozent); 18 Prozent halten es sogar fÃ¼r zu wenig. Warum knapp jede zehnte Person, die nach eigener Angabe nichts zahlt, dies als zu hoch bewertet, kÃ¶nnen wir nicht sagen â?? denkbar sind Zusatzkosten wie das Verpflegungsentgelt oder eine falsch herum gelesene Skala.

Eltern, die ihren eigenen Beitrag als ungerecht empfanden, haben wir gefragt, welchen Beitrag sie als gerecht empfinden wÃ¼rden. Wer ihn zu hoch fand, hielt im Median einen um rund 125 Euro niedrigeren Beitrag fÃ¼r angemessen. Wer ihn zu niedrig fand, zahlte oft nichts und hielte im Median rund 100 Euro mehr zu zahlen fÃ¼r angemessen.

Politische Implikationen unsichtbarer SolidaritÃ¤t

Kita-Eltern unterschÃ¤tzen die Rolle der ersten Solidargemeinschaft stark. In der zweiten empfindet fast die HÃ¤lfte derer, die zahlen, den eigenen Beitrag als ungerecht. Daraus ergeben sich drei Implikationen fÃ¼r die Politik.

1. Wie Eltern ihre Kita-BeitrÃ¤ge empfinden, hÃ¤ngt vermutlich zum Teil davon ab, wie gut sie deren Finanzierung verstehen. Eltern, die glauben, sie trÃ¼gen 40 Prozent der Kosten, dÃ¼rften den eigenen Beitrag eher als Last empfinden denn als kleinen Anteil an einer gemeinsam finanzierten Leistung.

2. Die Staffelung nach Einkommen lebt davon, dass die Zahlenden sie mittragen. Ob ihr Unmut der Staffelung selbst gilt oder aus der Ã?berschÃ¤tzung des eigenen Kostenanteils folgt, kÃ¶nnen unsere Daten nicht zeigen. Klar ist: Auch wer zahlt, wird von der ersten Solidargemeinschaft getragen â?? bewusst ist das den wenigsten. Beide Punkte kÃ¶nnten adressiert werden, indem die Finanzierung von Kita-PlÃ¤tzen den Eltern transparent kommuniziert wird, einschlieÃ?lich des Ã¶ffentlich finanzierten Anteils. Wie groÃ? ein solcher Informationseffekt ist, bleibt zu untersuchen.

3. In unseren Daten sind drei Viertel der Eltern von Kita-BeitrÃ¤gen befreit. Eine vollstÃ¤ndige Beitragsfreiheit kÃ¤me daher vor allem denen mit hÃ¶herem Einkommen zugute. Sie wÃ¼rde die zweite Solidargemeinschaft auflÃ¶sen und den Elternanteil ganz der ersten Ã¼bertragen. Wer Ã¼ber Beitragsfreiheit entscheidet, entscheidet also auch, welche Solidargemeinschaft die Kosten trÃ¤gt. Da diese Entscheidung nicht im luftleeren Raum fÃ¤llt, sondern in politischen Aushandlungsprozessen, die von der kommunalen Haushaltslage und der FÃ¶rderung durch das Land abhÃ¤ngen, braucht es eine Debatte, die beide Solidargemeinschaften sichtbar macht â??die Eltern ebenso wie die Steuerzahler:innen, die den GroÃ?teil der Kosten tragen.

Referenzen

Gesetz zur Ã?nderung des Kinderbildungsgesetzes vom 21. Juli 2026 [mit Anlage 2: Kindpauschalen fÃ¼r das Kindergartenjahr 2026/2027]. (2026, 31. Juli). *Gesetz- und Verordnungsblatt fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen*, (22), 525. https://recht.nrw.de/gvnrw/2026-s525

Gesetz zur frÃ¼hen Bildung und FÃ¶rderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz â?? KiBiz) vom 3. Dezember 2019 [Art. 1 des Gesetzes zur qualitativen Weiterentwicklung der frÃ¼hen Bildung; berichtigt GV. NRW. 2020 S. 77]. (2019, 13. Dezember). *Gesetz- und Verordnungsblatt fÃ¼r das Land Nordrhein-Westfalen*, (27), 894. https://recht.nrw.de/gvnrw/2019-s894

Jugendamt der Stadt Duisburg. (o. J.). Informationen zur Erhebung von ElternbeitrÃ¤gen in Kindertageseinrichtungen. Stadt Duisburg. Abgerufen am 28. Oktober 2026, von https://www.duisburg.de/vv/produkte/pro_du/dez_ii/51/elternbeitraege-fuer-kindertageseinrichtungen.php.media/87089/Informationen-ueber-die-Erhebung-von-Elternbeitraegen-in-Kindertageseinrichtungen.pdf

Stadt Duisburg. (2024). *Haushaltsplan 2025/2026*. https://opendata-duisburg.de/sites/default/files/HPL_2025_2026.pdf

Stadt Duisburg. (2022, 15. Juli). Satzung der Stadt Duisburg Ã¼ber die Erhebung von ElternbeitrÃ¤gen fÃ¼r die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen, Horten und der Kindertagespflege vom 10.06.2022. *Amtsblatt fÃ¼r die Stadt Duisburg*, (29), 365â??366. https://www.duisburg.de/vv/produkte/pro_du/dez_ii/51/elternbeitraege-fuer-kindertageseinrichtungen.php.media/87095/S51.07_Elternbeitragssatzung-1.pdf

Date Created
November 2, 2026
Author
politikwissenschaft_h1c5yk